Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 49

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
6 — 65305 — 2265/57

Bonn, den 30. November 1957

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den

Entwurf eines Gesetzes über das Abkommen vom 15. Mai 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Errichtung nebeneinanderliegender nationaler Grenzabfertigungsstellen, über die Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt und über die Bestimmung von Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfen im Verkehr über die deutsch-belgische Grenze

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Abdrucke des Abkommens in deutscher und französischer Sprache, der Begründung zum Abkommen und einer Niederschrift als Anlage zur Begründung des Abkommens sind diesem Schreiben beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern der Finanzen und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 29. November 1957 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes zum Gesetzentwurf wie folgt Stellung genommen:

„1. Da durch das vorliegende Abkommen auch Steuern mit örtlich bedingtem Wirkungskreis erfaßt werden, für welche eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes nicht besteht, behält sich der Bundesrat insoweit seine Stellungnahme bis zum zweiten Durchgang vor.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Telefon 3551

2. **Zu Artikel 9 Abs. 1 Satz 3 des Abkommens:**

Der Bundesrat ist der Ansicht, daß im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens noch geprüft werden sollte, ob die Niederschrift, die als Anlage zur Begründung des Abkommens beigefügt ist, durch Erwähnung in Artikel 1 des Ratifikationsgesetzes in das Gesetzgebungsverfahren mit einbezogen werden kann. Eine solche Einbeziehung wäre wegen der zu Artikel 10 des Abkommens getroffenen Feststellung, daß das Asylrecht von dem Abkommen nicht berührt wird, von besonderer Bedeutung im Hinblick auf Artikel 16 Abs. 2 Satz 2 GG."

Im übrigen erhebt der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedürfe.

Der Standpunkt der Bundesregierung zu Punkt 2 der Stellungnahme des Bundesrates ist folgender:

Die Bundesregierung wird die Frage der Einbeziehung der Niederschrift, die als Anlage zur Begründung des Abkommens beigefügt ist, in das Ratifikationsgesetz prüfen und im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens dazu Stellung nehmen.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Entwurf eines Gesetzes

über das Abkommen vom 15. Mai 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Errichtung nebeneinanderliegender nationaler Grenzabfertigungsstellen, über die Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt und über die Bestimmung von Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfen im Verkehr über die deutsch-belgische Grenze

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 15. Mai 1956 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Errichtung nebeneinanderliegender nationaler Grenzabfertigungsstellen, über die Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt und über die Bestimmung von Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfen im Verkehr über die deutsch-belgische Grenze wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen gemäß seinem Artikel 37 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Errichtung nebeneinanderliegender nationaler Grenzabfertigungsstellen, über die Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt und über die Bestimmung von Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfen, im Verkehr über die deutsch-belgische Grenze, unterzeichnet in Brüssel am 15. Mai 1956

Convention entre la République Fédérale d'Allemagne et la Royaume de Belgique relative à la création de bureaux à contrôles nationaux juxtaposés, aux contrôles des trains en cours de route et à la désignation de gares communes et d'échange, pour le trafic par la frontière germano-belge, signée à Bruxelles, le 15 mai 1956

Der Präsident
der Bundesrepublik Deutschland
und
Seine Majestät der König der Belgier,

VON DEM WUNSCHE BESEELT, den Übergang über die gemeinsame Grenze mit der Eisenbahn und auf der Straße zu erleichtern,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, ein Abkommen zu schließen, und haben hierfür zu ihrem Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland:

Seine Exzellenz Herrn Carl Friedrich Ophüls,
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland;

Seine Majestät der König der Belgier:

Seine Exzellenz Herrn Paul-Henri Spaak,
Minister der Auswärtigen Angelegenheiten,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen

VEREINBART HABEN:

Le Président de la
République Fédérale d'Allemagne
et
Sa Majesté le Roi des Belges:

DÉSIREUX de régler les relations réciproques entre les deux Etats en vue de faciliter le franchissement de la frontière commune par la voie ferrée et par la route,

SONT CONVENUS de conclure une Convention et ont désigné à cet effet comme Plénipotentiaires:

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne:

Son Excellence Monsieur Carl Friedrich Ophüls,
Ambassadeur de la République Fédérale d'Allemagne;

Sa Majesté le Roi des Belges:

Son Excellence Monsieur Paul-Henri Spaak,
Ministre des Affaires Etrangères,

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENUS des dispositions qui suivent:

TEIL I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

1) Die beiden Staaten werden im Rahmen dieses Abkommens den Übergang über ihre gemeinsame Grenze mit der Eisenbahn und auf der Straße erleichtern.

2) Zu dem im Absatz 1 vorgesehenen Zweck

a) errichten sie nebeneinanderliegende nationale Grenzabfertigungsstellen auf Bahnhöfen oder in unmittelbarer Nähe der Grenze auf Straßen;

b) lassen sie die Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt auf bestimmten Strecken zu;

c) bestimmen sie Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfe;

d) ermächtigen sie die Bediensteten der mit der Grenzabfertigung betrauten Verwaltungen jedes der beiden Staaten in den Fällen unter den Buchstaben a) und b) und das Personal der Eisenbahnverwaltungen jedes der beiden Staaten in den Fällen unter den Buchstaben a), b) und c), ihre Befugnisse auf dem Gebiet des anderen Staates auszuüben.

PARTIE I

Dispositions Générales

Article 1er

1) Les deux Etats faciliteront, dans le cadre de la présente Convention, le franchissement de leur frontière commune, par la voie ferrée et par la route.

2) Aux fins prévues au paragraphe 1er:

a) ils créeront des bureaux à contrôles nationaux juxtaposés dans des gares ou à proximité immédiate de la frontière sur des routes;

b) ils permettront les contrôles des trains en cours de route sur des parcours déterminés;

c) ils désigneront des gares communes ou d'échange pour le trafic ferroviaire;

d) ils autoriseront à exercer leurs fonctions sur le territoire de l'autre Etat, les agents des administrations de chacun des deux Etats chargés des contrôles dans les cas visés sous les lettres a) et b) et le personnel des administrations ferroviaires de chacun des deux Etats dans les cas visés sous les lettres a), b) et c).

3) Die zuständigen Minister der beiden Staaten werden durch gemeinsame Vereinbarung bestimmen, in welchen Fällen und in welchem Umfang die Grenzabfertigung des einen Staates auf dem Gebiet des anderen Staates durchgeführt wird, sowie in welchen Fällen Bahnhöfe nach Absatz 2 Buchstabe c) bestimmt werden.

Die Vereinbarungen über die Errichtung, Verlegung oder Aufhebung nebeneinanderliegender nationaler Grenzabfertigungsstellen, die Bestimmung der Strecken, auf denen die Züge während der Fahrt abgefertigt werden können, die Abgrenzung der Zone nach Artikel 3 sowie die Vereinbarungen über die Bestimmung von Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen werden durch den Austausch von Noten auf diplomatischem Wege bestätigt und in Kraft gesetzt.

3) Les Ministres compétents des deux Etats détermineront de commun accord dans quels cas et dans quelle mesure les contrôles de l'un des Etats s'effectueront sur le territoire de l'autre Etat et dans quels cas des gares seront désignées conformément au paragraphe 2, lettre c).

Les arrangements concernant la création, le déplacement ou la suppression des bureaux à contrôles nationaux juxtaposés, la détermination des parcours sur lesquels les trains peuvent être contrôlés en cours de route et la délimitation de la zone conformément à l'article 3, ainsi que les arrangements concernant la désignation des gares communes ou d'échange pour le trafic ferroviaire seront confirmés et deviendront effectifs par l'échange de notes par la voie diplomatique.

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens bezeichnen die Begriffe:

1. „Grenzabfertigung" die Durchführung aller Maßnahmen, die nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der beiden Staaten auf Personen, Gepäckstücke, Waren, Fahrzeuge und andere Vermögenswerte beim Grenzübergang in der einen oder der anderen Richtung anzuwenden sind;

2. „Zone" den bestimmten Teil im Gebiet eines der Staaten und den Zug während der Fahrt, in denen die Bediensteten des Nachbarstaates berechtigt sind, die Grenzabfertigung vorzunehmen;

3. „Gebietsstaat" den Staat, in dessen Gebiet die Zone liegt;

„Nachbarstaat" den anderen Staat;

4. „Bedienstete" die Personen, die zu den mit der Grenzabfertigung beauftragten Verwaltungen gehören und ihren Dienst in der Zone ausüben (für das Personal der Eisenbahnverwaltungen siehe Teil IV dieses Abkommens);

5. „Dienststellen" die in der Zone nebeneinanderliegenden Grenzabfertigungsstellen der beiden Staaten.

Article 2

Aux fins de la présente Convention, on entend par:

1) « contrôles », l'exécution de toutes les mesures prévues par les prescriptions légales et réglementaires des deux pays et applicables aux personnes, bagages, marchandises, véhicules et autres biens franchissant la frontière dans l'un ou l'autre sens;

2) « zone », la partie déterminée de l'un des pays et le train en cours de route, où les agents du pays limitrophe sont autorisés à exercer les contrôles;

3) « pays de séjour », les pays sur le territoire duquel se trouve la zone;

« pays limitrophe », l'autre pays;

4) « agents », les personnes appartenant aux administrations chargées des contrôles et qui exercent leurs fonctions dans la zone (en ce qui concerne le personnel des administrations ferroviaires, voir partie IV de la présente Convention);

5) « bureaux », les bureaux à contrôles nationaux juxtaposés des deux pays, qui se trouvent dans la zone.

Artikel 3

Die Zone umfaßt:

1. Im Eisenbahnverkehr:
   - A. bei der Grenzabfertigung in den Dienststellen:
     - a) einen bestimmten Abschnitt des Bahnhofs und seiner Anlagen;
     - b) die Personen- oder Güterzüge und einen bestimmten Teil der Gleise, auf welchen diese Züge halten, während der gesamten Dauer der Grenzabfertigung;
     - c) einen bestimmten Teil der Bahnsteige und der Gleise, die beiderseits der haltenden Züge gelegen sind;
     - d) die Personen- und Güterzüge zwischen dem Bahnhof und der Grenze des Nachbarstaates;
   - B. bei der Grenzabfertigung im Zug während der Fahrt den Zug auf einer bestimmten Strecke sowie gegebenenfalls bestimmte Teile der Bahnhöfe, in denen diese Strecke beginnt oder endet.

2. Im Straßenverkehr, in dem sich die Zone bis zur Grenze erstrecken muß:
   - a) einen Abschnitt der Straße;
   - b) gegebenenfalls einen Teil der Dienstgebäude sowie ihrer Anlagen.

Article 3

La zone comprend:

1) en ce qui concerne le trafic ferroviaire:
   - A. s'il s'agit des contrôles aux bureaux:
     - a) un secteur déterminé de la gare et de ses dépendances;
     - b) les trains de voyageurs ou de marchandises et une partie déterminée des voies sur lesquelles ces trains stationnent, pendant toute la durée des contrôles;
     - c) une partie déterminée des quais et des voies qui sont situés de part et d'autre des trains à l'arrêt;
     - d) les trains de voyageurs et de marchandises entre la gare et la frontière du pays limitrophe;
   - B. s'il s'agit des contrôles d'un train en cours de route, le train sur un parcours déterminé et, éventuellement, un secteur déterminé de la gare où commence ce parcours et de la gare où il prend fin;

2) en ce qui concerne le trafic routier, pour lequel la zone doit s'étendre jusqu'à la frontière:
   - a) une portion de la route;
   - b) éventuellement, une partie des bâtiments de service et de leurs annexes.

Artikel 4

In der Zone gelten die die Grenzabfertigung betreffenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Nachbarstaates gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens, wie sie in der Gemeinde gelten, die von dessen Regierung zu diesem Zweck bezeichnet wird. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften, die im Gebietsstaat begangen werden, gelten als in dieser Gemeinde des Nachbarstaates begangen.

Artikel 5

Dieses Abkommen berührt nicht die Befugnisse der Behörden des Gebietsstaates, die öffentliche Ordnung in der Zone aufrechtzuerhalten sowie die strafbaren Handlungen zu verfolgen, die in der Zone begangen werden und keine Zuwiderhandlungen gegen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Grenzabfertigung darstellen.

Artikel 6

1) Wird eine Person in der Zone bei der Begehung einer strafbaren Handlung nach Artikel 5 betroffen, kann sie von den Behörden des Gebietsstaates unter den Voraussetzungen, die seine Gesetze vorsehen, verhaftet werden.

2) Die Verhaftung bedarf jedoch der Zustimmung der Bediensteten des Nachbarstaates, wenn die strafbare Handlung begangen wird, während diese Bediensteten die Grenzabfertigung durchführen oder wenn der Betroffene von ihnen nach Artikel 9 Absatz 1 ergriffen und festgehalten wird, um in den Nachbarstaat verbracht zu werden.

Artikel 7

1) Bei der Grenzabfertigung in der Zone werden die Amtshandlungen des Ausgangsstaates vor den entsprechenden Amtshandlungen des Eingangsstaates durchgeführt.

2) Von dem Augenblick an, in dem die Bediensteten des Eingangsstaates ihre Amtshandlungen begonnen haben, gilt folgendes:

a) die die Grenzabfertigung betreffenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Eingangsstaates werden anwendbar;

b) wenn der Nachbarstaat Ausgangsstaat ist, können die entsprechenden Bediensteten dieses Staates Personen, Gepäckstücke, Waren, Fahrzeuge und andere Vermögenswerte nicht mehr abfertigen;

c) wenn der Gebietsstaat Ausgangsstaat ist, können die entsprechenden Bediensteten dieses Staates die Grenzabfertigung der von ihnen bereits abgefertigten Personen, der Gepäckstücke, der Waren, der Fahrzeuge und der anderen Vermögenswerte nicht wieder aufnehmen, es sei denn in hinreichend gerechtfertigten Fällen mit Zustimmung der zuständigen örtlichen Behörden des Eingangsstaates.

3) Vor Beendigung der Ausgansgrenzabfertigung des Nachbarstaates sind die Behörden des Gebietsstaates in der Zone nicht berechtigt, Personen festzunehmen oder Gepäckstücke, Waren, Fahrzeuge und andere Vermögenswerte zu beschlagnahmen, die dieser Abfertigung unterliegen.

4) Nach Beginn der Eingangsgrenzabfertigung des Nachbarstaates sind die Behörden des Gebietsstaates in der Zone nicht mehr berechtigt, Personen festzunehmen oder Gepäckstücke, Waren, Fahrzeuge und andere Vermögenswerte, die dieser Abfertigung unterliegen, zu beschlagnahmen, wenn die Bediensteten des Nachbarstaates diese Maßnahmen selbst ergriffen haben.

Article 4

Les prescriptions légales et réglementaires du pays limitrophe relatives aux contrôles sont applicables dans la zone, conformément aux dispositions de la présente Convention, telles qu'elles sont applicables dans la commune à désigner à cet effet par le Gouvernement dudit pays. Les infractions auxdites prescriptions, commises sur le territoire du pays de séjour, sont réputées commises sur le territoire du pays limitrophe dans cette commune.

Article 5

La présente Convention ne préjudicie pas aux pouvoirs des autorités du pays de séjour quant au droit de maintenir l'ordre public dans la zone et de poursuivre les faits punissables commis dans la zone et qui ne constituent pas des infractions aux prescriptions légales et réglementaires relatives aux contrôles.

Article 6

1) Lorsqu'une personne est surprise dans la zone à commettre un fait punissable visé à l'article 5, elle peut être mise en état d'arrestation par les autorités du pays de séjour dans les conditions prévues par les lois de ce pays.

2) L'arrestation est toutefois subordonnée au consentement des agents du pays limitrophe si le fait est commis pendant que ces agents procèdent aux contrôles ou alors que l'intéressé est, en vertu de l'article 9, paragraphe 1er, appréhendé par eux et maintenu en détention en vue de son transfert dans le pays limitrophe.

Article 7

1) Pour les contrôles dans la zone, les opérations du pays de sortie sont effectuées avant les opérations correspondantes du pays d'entrée.

2) A partir du moment où les agents du pays d'entrée ont commencé leurs opérations:

a) les prescriptions légales et réglementaires du pays d'entrée relatives aux contrôles deviennent applicables;

b) si le pays limitrophe est le pays de sortie, les agents correspondants de ce pays ne peuvent plus contrôler les personnes, bagages, marchandises, véhicules et autres biens;

c) si le pays de séjour est le pays de sortie, les agents correspondants de ce pays ne peuvent plus reprendre les contrôles des personnes, bagages, marchandises, véhicules et autres biens qu'ils ont libérés, si ce n'est dans des cas dûment justifiés et moyennant l'accord des autorités locales compétentes du pays d'entrée.

3) Avant la fin des contrôles de sortie du pays limitrophe, les autorités du pays de séjour ne sont pas autorisées dans la zone à appréhender des personnes ni à saisir des bagages, marchandises, véhicules et autres biens, qui sont soumis auxdits contrôles.

4) Après le commencement des contrôles d'entrée du pays limitrophe, les autorités du pays de séjour ne sont plus autorisées dans la zone à appréhender des personnes ni à saisir des bagages, marchandises, véhicules et autres biens, qui sont soumis auxdits contrôles, si les agents du pays limitrophe l'ont déjà fait.

Artikel 8

1) Im Straßenverkehr dürfen die Behörden des Gebietsstaates Personen nicht festnehmen oder zurückweisen, die sich nur für kurze Zeit aus dem Nachbarstaat zu den in der Zone gelegenen Dienststellen dieses Staates aus anderen Gründen als zum Grenzübertritt begeben.

2) Die Behörden des Gebietsstaates können für die in Absatz 1 genannten Personen besondere Überwachungsmaßnahmen vorsehen.

Artikel 9

1) Die Bediensteten des Nachbarstaates sind im Rahmen dieses Abkommens berechtigt, in der Zone alle in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften dieses Staates vorgesehenen Grenzabfertigungsmaßnahmen wie im eigenen Staat durchzuführen. Insbesondere sind sie berechtigt, Zuwiderhandlungen festzustellen, Beschlagnahmen durchzuführen, Unterwerfungsverhandlungen bezüglich der festgestellten Zuwiderhandlungen aufzunehmen sowie Gepäckstücke, Waren, Fahrzeuge und andere Vermögenswerte zur Sicherung von Abgaben oder Geldstrafen einzubehalten. Sie können auch Personen festnehmen, die Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über den Grenzübertritt begehen oder von den zuständigen Behörden des Nachbarstaates gesucht werden, Zurückweisungen vornehmen und die festgehaltenen Personen in den Nachbarstaat verbringen. Die Verbringung in den Nachbarstaat, die in kürzester Frist vorzunehmen ist, kann auch mit Zügen erfolgen, in denen eine Grenzabfertigung während der Fahrt nicht stattfindet.

2) Sie können die Geldbeträge, die aus der Erhebung von Zöllen oder anderen Steuern oder Gebühren oder aus Geldstrafen stammen sowie die hinterlegten, einbehaltenen oder beschlagnahmten Gepäckstücke, Waren, Fahrzeuge und andere Vermögenswerte in das Gebiet des Nachbarstaates verbringen.

3) Die Bediensteten des Nachbarstaates können im Gebietsstaat die von ihnen dort einbehaltenen oder beschlagnahmten Gepäckstücke, Waren und Fahrzeuge verkaufen. Sie können den Verkaufserlös in den Nachbarstaat frei verbringen. Im Falle des Verkaufs sind auf Gepäckstücke, Waren und Fahrzeuge, die aus dem Nachbarstaat eingebracht und nicht unmittelbar in diesen Staat wieder zurückgebracht werden, die im Gebietsstaat für die Ein- oder Durchfuhr geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften anzuwenden.

Artikel 10

Die Bediensteten des Nachbarstaates sind nicht berechtigt, Angehörige des Gebietsstaates festzunehmen oder zu verhaften oder sie in den Nachbarstaat zurückzuweisen. Sie dürfen diese Personen jedoch zur Aufnahme einer Niederschrift über den Tatbestand ihrer im Gebietsstaat liegenden Dienststelle oder, wenn eine solche nicht besteht, der entsprechenden Behörde des Gebietsstaates vorführen. Bei der Aufnahme der Niederschrift muß ein Bediensteter des Gebietsstaates anwesend sein.

Artikel 11

1) Gepäckstücke, Waren, Fahrzeuge und andere Vermögenswerte aus dem Nachbarstaat, die vor dessen Grenzabfertigung aus der Zone verbracht werden, sind von den Bediensteten des Gebietsstaates aufzugreifen und den Bediensteten des Nachbarstaates zu übergeben:

a) wenn die Entdeckung auf Angaben der Bediensteten des Nachbarstaates zurückzuführen ist;

Article 8

1) En ce qui concerne le trafic routier, les autorités du pays de séjour ne peuvent appréhender ni refouler les personnes qui, venant du pays limitrophe, ne se rendent que momentanément dans la zone auprès des bureaux de ce dernier pays, pour des motifs autres que le franchissement de la frontière.

2) Les autorités du pays de séjour peuvent prendre des mesures spéciales de surveillance à l'égard des personnes visées au paragraphe 1er.

Article 9

1) Les agents du pays limitrophe sont autorisés, dans le cadre de la présente Convention, à exécuter dans la zone toutes les opérations relatives aux contrôles prévues par les prescriptions légales et réglementaires dudit pays comme sur leur propre territoire. En particulier, ils sont autorisés à constater des infractions, à effectuer des saisies, à consentir des transactions sur les infractions constatées et à retenir les bagages, marchandises, véhicules et autres biens en garantie des redevabilités et amendes. Ils peuvent également arrêter des personnes qui commettent des infractions aux prescriptions relatives au franchissement de la frontière ou qui sont recherchées par les autorités compétentes du pays limitrophe, procéder à des refoulements et transférer les personnes appréhendées dans le pays limitrophe. Le transfert dans le pays limitrophe, qui doit avoir lieu dans le plus bref délai, peut se faire aussi par des trains qui ne sont pas soumis aux contrôles en cours de route.

2) Ils peuvent transférer sur le territoire du pays limitrophe les fonds provenant de la perception de droits de douane ou autres impôts, de rétributions ou d'amendes, ainsi que les bagages, marchandises, véhicules et autres biens consignés, retenus ou saisis.

3) Les agents du pays limitrophe peuvent vendre sur le territoire du pays de séjour les bagages, marchandises et véhicules qu'ils y ont retenus ou saisis. Ils peuvent transférer librement le produit de la vente dans le pays limitrophe. En cas de vente, les prescriptions légales et réglementaires en matières d'importation ou de transit en vigueur dans le pays de séjour sont applicables aux bagages, marchandises et véhicules venant du pays limitrophe et qui ne sont pas réintroduits immédiatement dans ce pays.

Article 10

Les agents du pays limitrophe ne sont pas autorisés à appréhender ou à arrêter les ressortissants du pays de séjour, ni à les refouler sur le territoire du pays limitrophe. Toutefois, ils peuvent les conduire à leur bureau situé dans le pays de séjour, ou, à défaut d'un tel bureau, devant l'autorité correspondante du pays de séjour, pour la rédaction de l'acte contraventionnel. Un agent du pays de séjour doit être présent lors de la rédaction de cet acte.

Article 11

1) Les bagages, marchandises, véhicules et autres biens venant du pays limitrophe qui, avant les contrôles dudit pays, sont sortis de la zone, doivent être saisis par les agents du pays de séjour et remis aux agents du pays limitrophe:

a) lorsque la découverte est faite à la suite d'indications des agents du pays limitrophe;

b) wenn die Tat in dem Nachbarstaat strafbar ist, ohne auch im Gebietsstaat strafbar zu sein;

c) wenn es sich um Vermögenswerte handelt, deren Verbringung aus dem Nachbarstaat geeignet ist, diesem Staat erheblichen Schaden zuzufügen.

2) Die zuständigen Minister beider Staaten bestimmen von Zeit zu Zeit durch gemeinsame Vereinbarung unter Berücksichtigung der besonderen Schmuggelgefahr die Vermögenswerte, die unter Absatz 1 Buchstabe c) fallen.

Artikel 12

Personen, die von den Bediensteten des Eingangsstaates zurückgewiesen werden, darf die Rückkehr in den Ausgangsstaat nicht verweigert werden.

Artikel 13

1) Die Bediensteten beider Staaten unterstützen sich bei der Durchführung ihrer Aufgaben in der Zone soweit wie möglich, insbesondere um Zuwiderhandlungen gegen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften über den Grenzübergang zu verhüten oder zu ermitteln. Sie teilen sich hierzu so schnell wie möglich die Auskünfte mit, die für die Ausübung ihres Dienstes von Interesse sind.

2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 lassen die innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften unberührt, die für die Erteilung der Auskünfte gegebenenfalls eine Ermächtigung anderer Behörden voraussetzen.

TEIL II

Bedienstete

Artikel 14

Die Behörden des Gebietsstaates gewähren den Bediensteten des Nachbarstaates bei der Ausübung ihrer Befugnisse im Rahmen dieses Abkommens den gleichen Schutz und Beistand wie den entsprechenden Bediensteten ihres eigenen Staates.

Artikel 15

1) Auf strafbare Handlungen, die in der Zone gegen die in Ausübung ihres Dienstes befindlichen Bediensteten des Nachbarstaates begangen werden, sind die für strafbare Handlungen gegen gleichgestellte Bedienstete des Gebietsstaates geltenden strafrechtlichen Bestimmungen entsprechend anzuwenden.

2) Hat im Rahmen des vorliegenden Abkommens ein Bediensteter des Nachbarstaates in Ausübung seines Dienstes im Gebietsstaat einem Staatsangehörigen des Gebietsstaates einen Schaden zugefügt, so haftet der Nachbarstaat oder die Gebietskörperschaft des Nachbarstaates, der der Bedienstete angehört, für den Schaden unter den gleichen Voraussetzungen, unter denen der Nachbarstaat oder die Gebietskörperschaft haften würde, wenn der Schaden im Nachbarstaat einem Angehörigen des Nachbarstaates zugefügt wäre.

Artikel 16

1) Die Bediensteten des Nachbarstaates, die in Anwendung dieses Abkommens ihren Dienst im Gebietsstaat auszuüben haben, sind vom Paß- und Sichtvermerkszwang befreit.

2) Sie bedürfen zum Grenzübertritt, um sich an den Ort ihrer Dienstausübung zu begeben, lediglich eines amtlichen Ausweises, der ihre Staatsangehörigkeit, ihre Identität, ihre Dienststellung und die Art ihrer Tätigkeit angibt.

b) lorsque le fait est punissable dans le pays limitrophe, sans être punissable dans le pays de séjour;

c) lorsqu'il s'agit de biens dont la sortie du pays limitrophe est de nature à occasionner un préjudice considérable audit pays.

2) Les Ministres compétents des deux Etats détermineront périodiquement, de commun accord et en tenant compte du danger particulier de fraude, les biens auxquels seront appliquées les dispositions du paragraphe 1er, lettre c).

Article 12

Le retour dans le pays de sortie ne peut être refusé aux personnes refoulées par les agents du pays d'entrée.

Article 13

1) Pour l'exercice de leurs fonctions dans la zone, les agents des deux pays se prêtent assistance, dans la mesure du possible, en particulier pour prévenir et pour rechercher les infractions aux prescriptions légales et réglementaires relatives au franchissement de la frontière. A cet effet, ils se communiquent aussi rapidement que possible des renseignements qui présentent un intérêt pour l'exécution du service.

2) Les dispositions du paragraphe 1er ne préjudicient pas aux prescriptions légales et réglementaires de droit interne subordonnant éventuellement la communication des renseignements à une autorisation d'autres autorités.

PARTIE II

Agents

Article 14

Les autorités du pays de séjour accordent aux agents du pays limitrophe, à l'occasion de l'exercice de leurs fonctions dans le cadre de la présente Convention, les mêmes protection et assistance qu'aux agents correspondants de leur propre pays.

Article 15

1) En cas d'infraction commise dans la zone contre les agents du pays limitrophe dans l'exercice de leurs fonctions, il est fait application des dispositions pénales qui répriment le fait similaire commis contre les agents du pays de séjour affectés à un service correspondant.

2) Lorsque dans le cadre de la présente Convention un agent du pays limitrophe a, dans l'exercice de ses fonctions, commis un dommage sur le territoire du pays de séjour au préjudice d'un ressortissant du pays de séjour, l'Etat ou l'autorité publique dont l'agent relève est tenu à la réparation du dommage dans les conditions où il le serait si le dommage avait été commis sur le territoire du pays limitrophe au préjudice d'un ressortissant dudit pays.

Article 16

1) Les agents du pays limitrophe qui, en application de la présente Convention, sont appelés à exercer leurs fonctions sur le territoire du pays de séjour, sont dispensés des formalités de passeport et de visa.

2) Ils sont autorisés à franchir la frontière sur simple justification de leur nationalité, de leur identité, de leur qualité et de la nature de leurs fonctions par la production d'une pièce officielle, pour se rendre à l'endroit où ils doivent exercer leurs fonctions.

Artikel 17

1) Die Bediensteten des Nachbarstaates, die in Anwendung dieses Abkommens ihren Dienst im Gebietsstaat auszuüben haben, können ihre nationale Dienstkleidung oder ein sichtbares Kennzeichen tragen.

2) Sie sind berechtigt, ihre Dienstwaffen zu tragen, dürfen dieselben aber nur im Falle der Notwehr gebrauchen.

Artikel 18

1) Die Bediensteten des Nachbarstaates, die in Anwendung dieses Abkommens ihren Dienst im Gebietsstaat auszuüben haben, sind von allen öffentlich-rechtlichen persönlichen Dienstleistungen und Sachleistungen befreit.

2) Die Bediensteten des Nachbarstaates werden so angesehen, als ob sie ihren steuerlichen Wohnsitz nicht in das Gebiet des anderen Staates verlegt hätten, wenn ihr Aufenthalt auf diesem Gebiet lediglich durch die Ausübung ihrer Tätigkeit im Rahmen dieses Abkommens bedingt ist. Sie sind unter den gleichen Voraussetzungen im Gebietsstaat hinsichtlich ihrer Dienstbezüge von allen direkten Steuern befreit.

3) Erleidet ein Bediensteter des Nachbarstaates, der in Anwendung dieses Abkommens seinen Dienst im Gebietsstaat auszuüben hat, durch einen Dienst- oder Arbeitsunfall einen Schaden, für den die Eisenbahnverwaltung des Gebietsstaates haftet, so übernimmt die Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates die Befriedigung der gegen die Eisenbahnverwaltung des Gebietsstaates bestehenden Schadensersatzansprüche, ohne gegen die Eisenbahnverwaltung des Gebietsstaates Rückgriff zu nehmen.

Artikel 19

1) Das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis der Bediensteten des Nachbarstaates richtet sich nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften ihres Staates.

2) Strafbare Handlungen, die von den Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat begangen werden, sind ihren Vorgesetzten unverzüglich mitzuteilen.

Artikel 20

1) Gegenstände des dienstlichen oder persönlichen Bedarfs einschließlich Lebensmittel, welche die Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat aus Anlaß des Dienstes benötigen und von ihnen auf dem Wege zum und vom Dienst im Gebietsstaat mitgeführt werden, sind im Ein- und Wiederausgang auf Grund einer mündlichen Anmeldung und ohne Leistung einer Sicherheit frei von allen Zöllen und sonstigen Abgaben. Das gleiche gilt für Dienstfahrzeuge oder eigene Fahrzeuge, deren sich die Bediensteten zur Ausübung ihres Dienstes bedienen.

2) Sofern von den zuständigen Verwaltungen im gegenseitigen Einvernehmen nichts anderes bestimmt wird, finden Einfuhr- und Ausfuhrverbote oder -beschränkungen auf die in Absatz 1 bezeichneten Gegenstände keine Anwendung.

3) Die für notwendig gehaltenen Überwachungsmaßnahmen werden von den zuständigen Verwaltungen im gegenseitigen Einvernehmen bestimmt.

Artikel 21

1) Die zuständigen Verwaltungen des Nachbarstaates teilen die Personalhöchststärke ihrer Bediensteen, die sie im Regelfall in der Zone verwenden wollen, den zuständigen Verwaltungen des Gebietsstaates mit. Es bleibt

Article 17

1) Les agents du pays limitrophe qui, en application de la présente Convention, sont appelés à exercer leurs fonctions sur le territoire du pays de séjour, peuvent porter l'uniforme national ou un signe distinctif apparent.

2) Ils sont autorisés à porter leurs armes réglementaires, mais ne peuvent en faire usage qu'en cas de légitime defense.

Article 18

1) Les agents du pays limitrophe qui, en application de la présente Convention, sont appelés à exercer leurs fonctions sur le territoire du pays de séjour sont, dans le domaine du droit public, exempts de charges personnelles.

2) Les agents du pays limitrophe sont considérés comme n'ayant pas transféré leur domicile fiscal sur le territoire de l'autre pays, lorsque leur séjour sur ce territoire est justifié uniquement par l'exercice de leurs fonctions dans le cadre de la présente Convention. Ils sont, dans les mêmes conditions, exempts dans le pays de séjour de tous impôts directs en ce qui concerne leurs rémunérations officielles.

3) Si un agent du pays limitrophe, appelé à exercer ses fonctions sur le territoire du pays de séjour, en applications de la présente Convention, subit un dommage résultant d'un accident survenu en service ou à l'occasion du service et dont l'administration ferroviaire de ce dernier pays est responsable, l'administration ferroviaire du pays limitrophe prend en charge le paiement des indemnités dues par l'administration ferroviaire du pays de séjour, sans exercer de recours contre cette dernière administration.

Article 19

1) Le statut administratif des agents du pays limitrophe est régi par les prescriptions légales et réglementaires de leur pays.

2) Les infractions commises par les agents du pays limitrophe sur le territoire du pays de séjour sont immédiatement signalées à leurs supérieurs.

Article 20

1) Les objets nécessaires à l'exécution du service et les objets personnels, y compris les vivres, dont les agents du pays limitrophe ont besoin à l'occasion de l'exercice de leurs fonctions dans le pays de séjour et qu'ils emportent quand ils se rendent à leur service sur le territoire de ce dernier pays ou en reviennent sont importés et réexportés en franchise de tous droits et taxes, sur simple déclaration verbale et sans constitution de garantie. Il en est de même des véhicules de service et des véhicules personnels, dont les agents se servent pour l'exercice de leurs fonctions.

2) A moins qu'il n'en soit disposé autrement de commun accord par les administrations compétentes, les interdictions et restrictions d'importation ou d'exportation ne s'appliquent pas aux objets visés au paragraphe 1er.

3) Les administrations compétentes déterminent de commun accord les mesures de surveillance jugées nécessaires.

Article 21

1) Les administrations compétentes du pays limitrophe communiquent aux administrations compétentes du pays de séjour l'effectif maximum des agents qu'elles désirent employer normalement dans la zone. Elles peuvent,

ihnen unbenommen, im Bedarfsfall weitere Bedienstete zu verwenden. Wenn die zuständigen Verwaltungen des Gebietsstaates dies beantragen, werden beide Verwaltungen über die Anzahl der in der Zone tätigen Bediensteten des Nachbarstaates in Verhandlungen eintreten.

2) Die zuständigen Verwaltungen des Gebietsstaates können durch begründetes Ersuchen die Abberufung von Bediensteten des Nachbarstaates verlangen, die ihren Dienst im Gebietsstaat ausüben.

en cas de nécessité, employer un plus grand nombre d'agents. Lorsque les administrations compétentes du pays de séjour le demandent, les deux administrations négocieront au sujet du nombre d'agents du pays limitrophe exerçant dans la zone.

2) Les administrations compétentes du pays de séjour peuvent, par une demande motivée, exiger que des agents du pays limitrophe qui exercent leurs fonctions sur le territoire du pays de séjour soient rappelés.

TEIL III

Dienststellen

Artikel 22

Die beiden Staaten werden sich bemühen, die Öffnungszeiten und Befugnisse der Dienststellen aufeinander abzustimmen.

Artikel 23

1) Die zuständigen Verwaltungen bestimmen im gegenseitigen Einvernehmen:

a) die für die Dienststellen des Nachbarstaates benötigten Räume sowie die dafür zu entrichtende Vergütung, insbesondere für Miete, Beleuchtung, Heizung und Reinigung;

b) die Abteile, die den Bediensteten vorzubehalten sind, die die Grenzabfertigung im Zug während der Fahrt durchführen.

2) Ist die Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates nach dessen Gesetzgebung verpflichtet, den mit der Grenzabfertigung beauftragten Behörden Räume zur Verfügung zu stellen und sonstige Leistungen für sie zu bewirken, so ist die Eisenbahnverwaltung des Gebietsstaates gehalten, einem entsprechenden Ersuchen der Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates gegen Vergütung stattzugeben.

Artikel 24

Die für die Dienststellen des Nachbarstaates bestimmten Räume können durch Amtsschilder und Hoheitszeichen in dessen Nationalfarben nach außen kenntlich gemacht werden.

Artikel 25

Innerhalb der Räume, die den Bediensteten des Nachbarstaates zum Alleingebrauch zur Verfügung gestellt sind, haben diese das Recht, die Ordnung aufrechtzuerhalten und Personen, die diese Ordnung stören, daraus zu entfernen.

Artikel 26

1) Material, Möbel und andere Gegenstände, die für das Tätigwerden der Dienststellen des Nachbarstaates im Gebietsstaat erforderlich sind, bleiben im Ein- und Wiederausgang, vorbehaltlich ihrer ordnungsgemäßen Anmeldung, frei von allen Zöllen und sonstigen Abgaben, ohne daß eine Sicherheit zu leisten ist.

2) Sofern von den zuständigen Verwaltungen im gegenseitigen Einvernehmen nichts anderes bestimmt wird, finden Einfuhr- und Ausfuhrverbote oder -beschränkungen auf die in Absatz 1 bezeichneten Gegenstände keine Anwendung.

Artikel 27

1) Die telefonischen und telegraphischen Verbindungen (einschließlich Fernschreiber), die für das Tätigwerden der Dienststellen des Nachbarstaates im Gebietsstaat erforderlich sind, dürfen in das Gebiet des letzteren Staates weitergeführt werden, um unmittelbare Verbindungen mit diesen Dienststellen zu ermöglichen.

PARTIE III

Bureaux

Article 22

Les deux Etats s'efforceront d'harmoniser les heures d'ouverture et les attributions des bureaux.

Article 23

1) Les administrations compétentes déterminent de commun accord:

a) les locaux qui sont nécessaires pour les bureaux du pays limitrophe, ainsi que les indemnités à payer pour ces locaux, notamment pour loyers, éclairage, chauffage et nettoyage;

b) les compartiments qui sont à réserver aux agents chargés des contrôles des trains en cours de route.

2) Si l'administration ferroviaire du pays limitrophe doit, en vertu de la législation de ce pays, fournir des locaux aux autorités chargées des contrôles et effectuer à leur profit d'autres prestations, l'administration ferroviaire du pays de séjour est tenue de donner suite, contre rétribution, à une demande de l'espèce émanant de l'administration ferroviaire du pays limitrophe.

Article 24

Les locaux affectés aux bureaux du pays limitrophe peuvent être désignés à l'extérieur par une inscription et un écusson aux couleurs nationales dudit pays.

Article 25

Dans les locaux qui sont mis à leur disposition exclusive, les agents du pays limitrophe ont le droit de maintenir l'ordre et d'expulser les personnes qui le troublent.

Article 26

1) Le matériel, le mobilier et les autres objets, nécessaires au fonctionnement des bureaux du pays limitrophe situés dans le pays de séjour sont importés et réexportés en franchise de tous droits et taxes et sans constitution de garantie, sous réserve de leur déclaration régulière.

2) A moins qu'il n'en soit disposé autrement de commun accord par les administrations compétentes, les interdictions ou restrictions d'importation ou d'exportation ne s'appliquent pas aux objets visés au paragraphe 1er.

Article 27

1) Les lignes téléphoniques et télégraphiques (y compris les téléscripteurs) nécessaires au fonctionnement des bureaux du pays limitrophe situés dans le pays de séjour peuvent être prolongées sur le territoire de ce dernier pays, en vue de permettre des communications directes avec ces bureaux.

2) Die Regierungen der beiden Staaten verpflichten sich, zu demselben Zweck und soweit wie möglich alle Erleichterungen zu gewähren, die die Verwendung anderer Mittel auf dem Gebiet des Fernmeldewesens betreffen.

3) Die zuständigen Verwaltungen der beiden Staaten werden die zur Durchführung der Absätze 1 und 2 erforderlichen Maßnahmen im gegenseitigen Einvernehmen ergreifen.

Artikel 28

Briefe, Pakete und Wertsendungen, die von den Dienststellen des Nachbarstaates abgesandt werden oder die für sie bestimmt sind, können von den Bediensteten dieses Staates ohne Einschaltung der Post- oder der Eisenbahnverwaltung und frei von Gebühren befördert werden, sofern diese Sendungen den Dienststempel der absendenden Behörde tragen.

Artikel 29

Personen aus dem Nachbarstaat können bei dessen Zollstellen im Gebietsstaat alle die Grenzabfertigung betreffenden Tätigkeiten wie im Nachbarstaat vornehmen.

Artikel 30

1) Artikel 29 ist insbesondere auf Personen aus dem Nachbarstaat anzuwenden, die die in diesem Artikel genannten Tätigkeiten gewerbsmäßig betreiben. Sie unterliegen hinsichtlich dieser Tätigkeiten den sich hierauf beziehenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Nachbarstaates und nicht denen des Gebietsstaates. Die so bewirkten Leistungen werden bei der Umsatzsteuer (in Belgien: la taxe de transmission et les impôts connexes) als ausschließlich im Nachbarstaat bewirkte Leistungen angesehen. Dieser Absatz gilt nicht für die Erhebung der direkten Steuern (Steuern vom Einkommen und Vermögen usw.).

2) Die im Absatz 1 genannten Personen können insoweit, als sie bei den im Gebietsstaat liegenden Zollstellen des Nachbarstaates tätig werden, gleichermaßen deutsches wie belgisches Personal beschäftigen. Die Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Gebietsstaates, die die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer regeln, sind in diesem Falle nicht anwendbar.

3) Für den Grenzübertritt und den Aufenthalt im Gebietsstaat gelten dessen allgemeine Bestimmungen. Die hiernach möglichen Erleichterungen sind zu gewähren.

TEIL IV

Besondere Bestimmungen für den Eisenbahnverkehr

Artikel 31

1) Die Eisenbahnverwaltungen der beiden Staaten regeln im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten der Organisation und des Betriebes der Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfe, die Aufteilung der Kosten der Anlagen, ihrer Änderungen, ihrer Erneuerung, ihrer Unterhaltung und des Betriebes.

2) Die Vorschriften der Artikel 14 bis 21 und der Artikel 24 bis 28 finden Anwendung auf das Personal und die Eisenbahndienststellen des einen Staates, die ihre Tätigkeit auf im anderen Staat gelegenen Bahnhöfen mit nebeneinanderliegenden Grenzabfertigungsstellen sowie auf den im anderen Staat gelegenen Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfen oder in Zügen zwischen der Grenze und diesen Bahnhöfen ausüben.

2) Les Gouvernements des deux Etats s'engagent à accorder, aux mêmes fins et dans la mesure du possible, toutes facilités en ce qui concerne l'utilisation d'autres moyens de télécommunication.

3) Les administrations compétentes des deux Etats prendront de commun accord les mesures nécessaires en vue de l'application des paragraphes 1er et 2.

Article 28

Les lettres, colis et valeurs qui sont expédiés par les bureaux du pays limitrophe ou qui leur sont destinés, peuvent être transportés par les agents de ce dernier pays sans intervention de l'administration postale ou de l'administration ferroviaire et en franchise de port, pour autant que ces envois portent le cachet des services expéditeurs.

Article 29

Les personnes du pays limitrophe peuvent accomplir aux offices des douanes de ce pays situés dans le pays de séjour toutes les formalités relatives aux contrôles comme dans le pays limitrophe même.

Article 30

1) L'article 29 est notamment applicable à des personnes du pays limitrophe qui exercent professionnellement l'activité visée par ledit article. En ce qui concerne l'exercice de cette activité, lesdites personnes sont soumises aux prescriptions légales et réglementaires régissant la matière dans le pays limitrophe et non à celles du pays de séjour. Les prestations ainsi fournies sont, pour ce qui est de la taxe sur le chiffre d'affaires (en Belgique la taxe de transmission et les impôts connexes), considérées comme des prestations fournies exclusivement dans le pays limitrophe. Le présent paragraphe ne vise pas la perception des impôts directs (impôts sur les revenus, impôts sur la fortune, etc.).

2) Les personnes visées au paragraphe 1er peuvent, pour l'exercice de leur activité auprès des offices des douanes du pays limitrophe situés dans le pays de séjour, employer indifféremment du personnel belge et allemand. Les prescriptions légales et réglementaires du pays de séjour régissant l'emploi de travailleurs étrangers, ne sont pas applicables dans ce cas.

3) Les prescriptions générales du pays de séjour sont applicables pour le franchissement de la frontière et pour le séjour audit pays. Les facilités compatibles avec ces dispositions doivent être accordées.

PARTIE IV

Dispositions particulières applicables au trafic ferroviaire

Article 31

1) Les administrations ferroviaires des deux Etats déterminent de commun accord les modalités d'organisation et d'exploitation des gares communes et d'échange ainsi que le mode de répartition des dépenses de construction, d'aménagement, de renouvellement, d'entretien et d'exploitation de ces gares.

2) Les dispositions des articles 14 à 21 et 24 à 28 sont applicables au personnel et aux services des administrations ferroviaires de l'un des pays qui, sur le territoire de l'autre pays, exercent leurs fonctions dans des gares où s'effectuent des contrôles juxtaposés ou dans des gares communes ou d'échange ou dans des trains entre ces gares et la frontière.

Artikel 32

Es werden Erleichterungen gewährt für die Überweisung von Geldbeträgen, die aus der Erhebung von Beförderungskosten oder Kosten ähnlicher Art stammen und die von dem Personal der Eisenbahnverwaltung des einen Staates, das seine Tätigkeit auf dem Gebiet des anderen Staates ausübt, eingenommen werden.

Article 32

Des facilités seront accordées pour le transfert des fonds provenant des frais de transport ou autres frais assimilés encaissés par le personnel de l'administration ferroviaire de l'un des pays fonctionnant sur le territoire de l'autre pays.

Artikel 33

1) Das Personal der Eisenbahnverwaltung des einen Staates kann, soweit es hierzu nach dem Recht seines Staates befugt ist, geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Ordnung und Sicherheit in den Zügen zwischen der Grenze und dem im anderen Staat gelegenen Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhof aufrechtzuerhalten. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in diesen Zügen werden dem zuständigen Bahnhof des anderen Staates zur weiteren Veranlassung mitgeteilt.

2) Eine Festnahme durch das in Absatz 1 bezeichnete Personal auf der Strecke zwischen der Grenze und dem im anderen Staat gelegenen Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhof ist ausgeschlossen. Jedoch ist dieses Personal befugt, Personen, die sich einer obengenannten Zuwiderhandlung schuldig gemacht haben, dem nächsten Bahnhof des anderen Staates zur schriftlichen Aufnahme des Sachverhaltes vorzuführen.

Article 33

1) Le personnel de l'administration ferroviaire de l'un des pays peut, pour autant qu'il y soit autorisé par la législation de son pays, prendre les mesures propres à maintenir l'ordre et la sécurité dans les trains entre la frontière et la gare commune ou d'échange situés sur le territoire de l'autre pays. Les infractions aux prescriptions concernant le maintien de l'ordre et de la sécurité, commises dans ces trains, sont signalées au service compétent de la gare de l'autre pays, pour y donner la suite nécessaire.

2) Le personnel visé au paragraphe 1er ne peut, sur le parcours entre la frontière et la gare commune ou d'échange située dans l'autre pays, procéder à aucune arrestation. Toutefois, ledit personnel est autorisé à conduire les personnes qui se sont rendues coupables des infractions susvisées, à la gare la plus proche de l'autre pays, pour la rédaction de l'acte contraventionnel.

TEIL V

Schlußbestimmungen

PARTIE V

Dispositions finales

Artikel 34

Die zuständigen Minister der beiden Staaten vereinbaren im gegenseitigen Einvernehmen die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen. Der diplomatische Weg wird hierdurch nicht ausgeschlossen.

Article 34

Les Ministres compétents des deux Etats déterminent de commun accord les mesures administratives nécessaires pour l'application de la présente Convention. Cette procédure n'exclut pas la voie diplomatique.

Artikel 35

Die Regierungen der beiden Staaten können durch einfachen diplomatischen Notenaustausch, vorbehaltlich einer etwa innerstaatlich notwendigen Zustimmung durch die gesetzgebenden Körperschaften, Änderungen dieses Abkommens vereinbaren, die sich auf Grund der Erfahrungen als zweckmäßig erweisen.

Article 35

Les Gouvernements des deux Etats peuvent, par simple échange de notes diplomatiques et sous réserve de l'approbation par le pouvoir législatif, pour autant que celle-ci soit requise par la législation nationale, convenir d'apporter à la présente Convention les modifications dont l'expérience aurait fait reconnaître l'opportunité.

Artikel 36

In Ausführung von Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a), b) und c) getroffene Maßnahmen können entweder im gegenseitigen Einvernehmen oder auf Antrag eines der beiden Staaten wieder aufgehoben werden. Im letzteren Fall kann der Staat, der seine Dienste auf sein Gebiet zurückzieht, eine Räumungsfrist beanspruchen, die zwölf Monate, vom Zeitpunkt des Ersuchens an gerechnet, nicht überschreiten darf.

Article 36

Il peut être mis fin à des mesures prises en exécution de l'article 1er, paragraphe 2, lettres a, b et c, soit de commun accord, soit à la requête de l'un des Etats. Dans ce dernier cas, l'Etat dont les services seront retransférés sur son territoire pourra réclamer un délai qui n'excédera pas douze mois à compter de la date de la requête.

Artikel 37

1) Dieses Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

2) Es tritt am ersten Tag des zweiten Monats, der dem Austausch der Ratifikationsurkunden folgt, in Kraft.

3) Es tritt ein Jahr nach der Kündigung durch einen der Staaten außer Kraft.

Article 37

1) La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés aussitôt que possible à Bonn.

2) Elle entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suivra l'échange des instruments de ratification.

3) Elle prendra fin un an après la dénonciation par l'un des Etats.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihrer Unterschrift und ihrem Siegel versehen.

GESCHEHEN in Brüssel, am 15. Mai 1956, in doppelter Urschrift in deutscher und französischer Sprache, wobei der Wortlaut beider Sprachen gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:

Pour la
République Fédérale d'Allemagne
signé:

C. F. Ophüls

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires respectifs ont apposé leur signature au bas de la présente Convention et l'ont revêtue de leur sceau.

FAIT à Bruxelles, le 15 mai 1956 en double exemplaire original en langue allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Pour le
Royaume de Belgique
signé:

Für das
Königreich Belgien
gezeichnet:

P. H. Spaak

Begründung

1. Zum Abkommen

Am 15. Mai 1956 ist in Brüssel das deutsch-belgische Abkommen über die Errichtung nebeneinanderliegender nationaler Grenzabfertigungsstellen, über die Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt und über die Bestimmung von Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfen, im Verkehr über die deutsch-belgische Grenze unterzeichnet worden.

Das Abkommen entspricht den Anregungen und Grundsätzen der internationalen Genfer Abkommen vom 10. Januar 1952 zur Erleichterung des Grenzübergangs im Personen- und Gepäckverkehr mit der Eisenbahn sowie im Eisenbahngüterverkehr. Diese Grundsätze sollen nach dem vorliegenden Abkommen auch für die Grenzabfertigung im Landstraßenverkehr maßgebend sein.

Auf Grund des Abkommens können die zuständigen Minister der beiden Staaten von Fall zu Fall vereinbaren, daß nebeneinanderliegende Grenzabfertigungsstellen (Zoll- und Paßstellen) beider Staaten auf dem Gebiet des einen Vertragsstaates errichtet werden oder daß die Züge von den Zoll- und Paßbediensteten beider Staaten während der Fahrt abgefertigt oder daß im Eisenbahnverkehr Gemeinschafts- oder Betriebswechselbahnhöfe errichtet werden.

Für die Eisenbahnverwaltungen der beiden Staaten ist das Abkommen von besonderer Bedeutung, da es eine Vereinfachung und Beschleunigung der Grenzabfertigung des Eisenbahnübergangsverkehrs ermöglicht. Der Teil IV enthält besondere Bestimmungen für den Eisenbahnverkehr, die wegen der nur den Eisenbahnen eigentümlichen Verhältnisse notwendig sind. Insbesondere werden die Eisenbahnverwaltungen ermächtigt, die Einzelheiten der Organisation, des Betriebes und der Kostenteilung der Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfe im gegenseitigen Einvernehmen selbst zu regeln.

Beide Staaten räumen sich die Berechtigung ein, im Rahmen des vorliegenden Abkommens ihre Grenzabfertigung auf dem benachbarten Staatsgebiet vorzunehmen. Die Grenzabfertigung im Sinne dieses Abkommens umfaßt alle Maßnahmen, die zur Durchführung der Vorschriften der beiden Staaten für den Grenzübergang von Personen und die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Gepäckstücken, Waren, Fahrzeugen und anderen Vermögenswerten vorgesehen sind. Dazu gehören die Zoll-, Devisen- und Paßabfertigung sowie die Überwachung der Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote oder -beschränkungen zum Schutze von Menschen, Tieren und Pflanzen.

Dementsprechend werden im Rahmen der Grenzabfertigung die grenzhoheitlichen Funktionen des einen Vertragsstaates (Nachbarstaat) mit den danach in Betracht kommenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften und den sich aus diesen ergebenden Befugnissen auf das Gebiet des anderen Vertragsstaates (Gebietsstaat) ausgedehnt. Dieser Erweiterung des hoheitlichen Bereiches des Nachbarstaates entspricht jeweils die Verpflichtung des Gebietsstaates, die danach für zulässig gehaltenen Einwirkungen zu dulden. Die einschlägigen Bestimmungen des Abkommens beschränken sich auf das zur Wahrung der Grenzabfertigungsfunktion erforderliche Maß. Schließlich wurde vorgesehen, daß bei Amtspflichtverletzungen durch Bedienstete im Sinne des Artikels 2 Ziffer 4 des Abkommens der Nachbarstaat für den Schaden genau so haften soll, wie wenn der Schaden im Nachbarstaat einem Angehörigen des Nachbarstaates zugefügt worden wäre (Artikel 15 Absatz 2 des Abkommens).

Die beiderseitigen Delegationen haben in einer Niederschrift ihre gemeinsame Auffassung über einige die Auslegung des Abkommens betreffende Fragen zum Ausdruck gebracht. Die Niederschrift ist der Begründung als Anlage beigefügt.

2. Zum Zustimmungsgesetz

Die in der Eingangsformel vorgesehene Zustimmung des Bundesrats ist gemäß Artikel 78 in Verbindung mit Artikel 105 Absatz 3 und 106 Absatz 2 des Grundgesetzes erforderlich, weil die in dem Abkommen vorgesehenen Steuervergünstigungen auch den Ländern zufließende Steuern einschließen. Dies trifft zu für Artikel 18 (allgemeine steuerliche Behandlung der Bediensteten des Nachbarstaates), Artikel 20 Absatz 1 Satz 1 (bezüglich der Biersteuer, soweit sie als Eingangsabgabe zu erheben wäre) und Artikel 20 Absatz 1 Satz 2 (bezüglich der Kraftfahrzeugsteuer).

Zu Artikel 1

Die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften ist gemäß Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz erforderlich, da sich das Abkommen auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Das Land Berlin soll in das Abkommen einbezogen werden. Das Gesetz enthält daher die übliche Berlinklausel. Die völkerrechtliche Einbeziehung ist durch besonderen Notenwechsel geregelt.

Zu Artikel 3

Absatz 1 entspricht den Erfordernissen des Artikels 82 Absatz 2 des Grundgesetzes. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens bestimmt sich nach Artikel 37 Absatz 2 des Abkommens und ist ebenfalls im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Anlage
zur Begründung des Abkommens

Niederschrift

über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen einer deutschen und einer belgischen Delegation über den Abschluß eines Abkommens betreffend die Errichtung nebeneinanderliegender nationaler Grenzabfertigungsstellen, über die Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt und über die Bestimmung von Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfen, im Verkehr über die deutsch-belgische Grenze

Vom 17. bis 23. Januar 1955 fanden in Bonn zwischen einer deutschen und einer belgischen Delegation, deren Mitglieder in der anliegenden Liste aufgeführt sind, die Schlußverhandlungen über ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien betreffend die Errichtung nebeneinanderliegender nationaler Grenzabfertigungsstellen, über die Grenzabfertigung in Zügen während der Fahrt und über die Bestimmung von Gemeinschafts- und Betriebswechselbahnhöfen, im Verkehr über die deutsch-belgische Grenze statt.

Zu dem Entwurf des Abkommens, der von dem Leiter der deutschen und der belgischen Delegation am Schluß der Verhandlungen paraphiert wurde, ist folgendes zu bemerken:

1. Zu Artikel 1 Abs. (3)

Die Deutsche Bundesbahn ist berechtigt, die im Artikel 1 Abs. 2 c) vorgesehenen Verhandlungen über die Betriebswechselbahnhöfe selbst zu führen und die erforderlichen Vereinbarungen abzuschließen.

2. Zu Artikel 7

Grundsätzlich kann die Paßabfertigung des Eingangsstaates nur nach der Paß- und Zollabfertigung des Ausgangsstaates ausgeführt werden. Indessen kann es in der Praxis dazu führen, daß in Bedarfsfällen die Paßabfertigung des Eingangsstaates sich unmittelbar an die Paßabfertigung des Ausgangsstaates anschließt. Wenn in einem solchen Falle ein mit der Paßabfertigung des Eingangsstaates beauftragter Bediensteter eine Person festnehmen will, so muß diese Person selbstverständlich zunächst der Zollabfertigung des Ausgangsstaates zugeführt werden. Sollten die Zollbediensteten des Ausgangsstaates es für erforderlich halten, von ihrem Festnahmerecht Gebrauch zu machen, so haben diese Bediensteten das Vorrecht gegenüber den Paßkontrollbediensteten des Eingangsstaates.

3. Zu Artikel 8

(1) Wenn sich Personen, aus dem Gebietsstaat kommend, zu den in diesem Staat liegenden Dienststellen des Nachbarstaates aus anderen Gründen als zum Grenzübertritt begeben, liegt eine Einreise in den Nachbarstaat nicht vor. Die Bediensteten des Nachbarstaates sind deshalb nicht berechtigt, Personen, die aus diesem Anlaß die Zone betreten, festzunehmen. Den Dienststellen des Gebietstaates bleibt es aus Gründen der Überwachung in diesen Fällen jedoch unbenommen, diese Personen in gleicher Weise abzufertigen, als ob sie ausreisen würden. Dieser Grundsatz gilt auch im Eisenbahnverkehr.

(2) Die belgische Delegation erklärte, daß, wenn im Straßenverkehr belgische Dienststellen auf deutschem Gebiet errichtet werden, es aus organisatorischen Gründen erforderlich sei, diesen Dienststellen die Befugnisse zu erteilen, die ihnen normalerweise auf belgischem Gebiet übertragen sind, insbesondere bezüglich der Erhebung von Verbrauchsteuern (Akzisen) für inländische Erzeugnisse.

4. Zu Artikel 10

Die beiden Delegationen haben die Frage des Asylrechts erörtert. Das Asylrecht wird von diesem Abkommen nicht berührt.

5. Zu Artikel 13

Kosten, die einem der beiden Staaten im Rahmen des Artikels 13 des Abkommens erwachsen, werden nicht erstattet.

6. Zu Artikel 17 Abs. 1

Das Wort „können" wird hier in der Absicht gebraucht, diese Regelung auch auf Bedienstete auszudehnen, die gewöhnlich keine Dienstkleidung tragen und sich nur gelegentlich in die Zone begeben müssen (z. B. zur Kontrolle des dort arbeitenden Personals). Die Delegationen stimmten jedoch darin überein, daß die Bediensteten, die täglich oder regelmäßig in der Zone ihren Dienst ausüben und im Publikumsverkehr tätig sind (Zoll- und Paßkontrollbedienstete), in der Regel ihre Dienstkleidung oder ein sichtbares Kennzeichen tragen müssen.

7. Zu Artikel 18

Steuern fallen nicht unter den Begriff der öffentlichrechtlichen persönlichen Dienst- und Sachleistungen.

8. Zu Artikel 29 und 30

(1) Unter „Personen" im Sinne dieser Vorschriften sind natürliche und juristische Personen zu verstehen.

(2) Zu Artikel 30 Abs. 1 wies die belgische Delegation darauf hin, daß der in Klammern gesetzte Begriff „la taxe de transmission et les impôts connexes" ebenfalls nur die Umsatzsteuer bezeichnet. Im belgischen Steuer-Kodex sei die Besteuerung der Tätigkeit der Zollagenten in dem Kapitel über die „taxe sur les transports" vorgesehen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob diese Tätigkeit hauptberuflich oder im Rahmen der Durchführung eines Beförderungsvertrags ausgeübt wird. Da die in Artikel 30 Abs. (1) vorgesehene Befreiung sich nicht auf die Steuer erstreckt, die von dem für die Beförderung fakturierten Preis erhoben wird, sondern lediglich auf die Besteuerung der die Zollabfertigung betreffenden Tätigkeit, ist der Begriff „Umsatzsteuer" mit „taxe de transmission et les impôts connexes" übersetzt worden.

(3) Wenn bei der Errichtung von Dienststellen im Straßenverkehr sich die Notwendigkeit ergibt, Geschäftsstellen der zur Ausgabe von Triptyks und Carnets ermächtigten Touring- oder Automobilklubs des Nachbarstaates in der Zone einzurichten, wird die Regierung des Gebietsstaates ihnen alle nur möglichen Erleichterungen bezüglich der Ausgabe dieser Dokumente und der Überweisung der hierfür eingenommenen Geldbeträge gewähren.

9. Zu Artikel 32

Die deutsche Delegation konnte den Artikel 32 akzeptieren, da die belgische Delegation erklärt hat, daß er nicht darauf abziele, die Überweisung der von dem Personal der Eisenbahnverwaltung des Nachbarstaates eingenommenen Geldbeträge zu verbieten, sondern daß er lediglich den Behörden des Gebietsstaates das Recht zugestehe, diese Überweisungen zu überwachen. Außerdem waren sich die beiden Delegationen der rechtlichen Verpflichtung bewußt, die sich für beide Staaten aus dem „Liberalisierungs-Kodex", Drucks. OEEC C (51) 261 vom 18. Oktober 1951, Artikel 15, und Drucks. OEEC PC (49) 80, Kap. 1 A/5, ergibt.

Der Leiter der deutschen Delegation:
J. Mühlenhöver

10. Schlußbestimmungen
Schiedsklausel

Die Delegationen stellten übereinstimmend fest, daß Artikel X des Brüsseler Vertrages über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und über kollektive Selbstverteidigung vom 17. März 1948 in der Fassung vom 23. Oktober 1954 als Grundlage für die Beilegung von Streitigkeiten dient, die sich aus der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens ergeben können.

Eine Delegation des Großherzogtums Luxemburg hat an den Verhandlungen über diesen Abkommensentwurf teilgenommen.

Der Leiter der belgischen Delegation:
R. Contempre

Bundesdruckerei Bonn 9269 12. 57